Chronologie zum Bankgeheimnis

vor 2000

Das Schweizer Bankgeheimnis, seit über 60 Jahren gesetzlich festgeschrieben, ist im Inland bestens verankert und auch im Ausland bekannt und mehrheitlich akzeptiert.

Wachsende internationale Kritik am Bankgeheimnis

2000

Die OECD setzt die Schweiz auf eine Liste von 47 Ländern mit «potenziell schädlichem Gebaren in Steuerfragen».

2001

Mit Inkrafttreten des Qualified-Intermediary-Abkommens (QI) müssen Schweizer Banken US-Kunden, die amerikanische Wertschriften halten, den dortigen Behörden melden. Die Lücken zur Umgehung sind auch den USA bekannt.

2004

Die Schweiz macht Zugeständnisse bei der Holding-Besteuerung und wird von der «47-Liste» gestrichen.

2005

Nach jahrelangen Spannungen rund um die Zinsbesteuerung wird das Thema mit den Bilateralen II zwischen der EU und der Schweiz vorläufig gelöst.

Der Druck aus Europa steigt – Beginn des ersten Steuerstreits USA UBS

2007

In den USA wird erstmals öffentlich die Lücke im QI mit Schweizer Banken kritisiert. Der US-Bürger Igor Olenicoff bekennt sich des Steuerbetrugs schuldig, sein UBS-Berater Bradley Birkenfeld wendet sich an die US-Behörden. Diese richten ihren Fokus auf die UBS.

2008

Die Schweiz gerät in den Strudel des deutsch-liechtensteinischen Steuerstreits. Deutsche Politiker verschärfen die Drohungen gegen «Steueroasen» wie die Schweiz.

19. JUNI 2008

Der ehemalige UBS-Banker und Whistleblower Bradley Birkenfeld bekennt sich vor einem US-Gericht schuldig, US-Bürgern für die UBS bei der Steuerumgehung geholfen zu haben.

JULI 2008

Die UBS steigt aus dem US-Offshore-Geschäft aus und entledigt sich ihrer US-Kunden. Die Credit Suisse folgt. Geschätzte 3000 bis 4500 der einstigen US-Kunden der UBS wechseln zu anderen Schweizer Banken.

OKTOBER 2008

Deutschland und Frankreich fordern, die Schweiz auf die «schwarze Liste» der Steueroasen zu setzen.

ENDE 2008

Der frischgewählte Bundespräsident Merz wiederholt, dass das Schweizer Bankgeheimnis nicht verhandelbar sei.

Eskalation im Fall UBS USA – OECD droht mit «schwarzer Liste»

19. FEBRUAR 2009

Auslieferung von 285 Kundendossiers der UBS an die USA, die UBS erklärt sich bereit, eine Busse von 780 Mio.$ zu bezahlen.

5. MÄRZ 2009

Die OECD setzt die Schweiz provisorisch auf die «schwarze Liste» der Steueroasen.

13. MÄRZ 2009

Der Bundesrat beschliesst die Übernahme der OECD-Standards bei Amtshilfe in Steuersachen, diese umfasst Amtshilfe nun auch bei Steuerhinterziehung.

7. APRIL 2009

Die OECD entfernt die Schweiz aus der «schwarzen Liste» und setzt sie auf die «graue Liste» der zu beobachtenden Staaten.

19. AUGUST 2009

Die UBS einigt sich im UBS-Vertrag mit den USA, dieser umfasst auch die Auslieferung von über 4200 Kundendossiers.

17. SEPTEMBER 2009

Da die Schweiz zwölf Doppelbesteuerungsabkommen mit dem OECD-Amtshilfeartikel gutgeheissen hat, wird sie von der «grauen Liste» entfernt.

JANUAR 2010

Illegale CD-Kundendatenkäufe von deutschen Behörden.

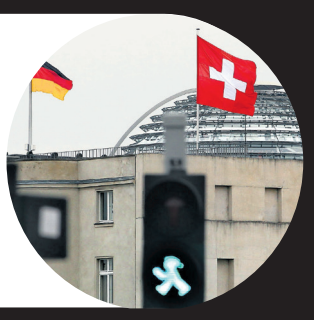
Phase einer scheinbaren Deeskalation

22. JANUAR 2010

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das die Auslieferung aller Daten verbieten würde, stimmt letztlich das Parlament per Staatsvertrag dem UBS-Deal zu, über 4200 Kundendossiers dürfen nun in die USA geliefert werden.

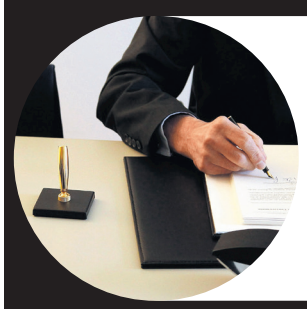
20. MÄRZ 2010

Deutschland und die Schweiz einigen sich grundsätzlich auf ein neues Doppelbesteuerungsabkommen.



SOMMER 2010

Wegen CD-Käufen werden Filialen der Credit Suisse in Deutschland untersucht.

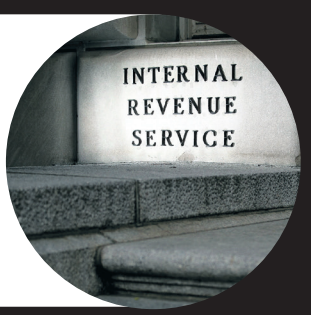


OKTOBER 2010

Deutschland willigt in das Konzept der Abgeltungssteuer ein. Die Schweizer Finanzmarktaufsicht warnt in ihrem Positionspapier vor den Risiken des Offshore-Geschäfts in den USA.

16. NOVEMBER 2010

Die US-Steuerbehörde IRS zieht die zivilrechtliche Klage gegen die UBS zurück. Sie will aber gegen weitere Banken auch in der Schweiz wegen möglicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung vorgehen.



Start des zweiten Steuerstreits mit den USA, Abgeltungssteuer mit Deutschland scheitert

AB FRÜHJAHR 2011

Mehrere Banker von Credit Suisse, Julius Bär und der Zürcher und der Basler Kantonalbank werden von US-Staatsanwälten angeklagt (sogenannte «11-Liste»).

SOMMER 2011

Abgeltungssteuer mit Grossbritannien kommt zustande, mit Deutschland scheitert der Vertrag.

DEZEMBER 2011

Das amerikanische Justizdepartment (DOJ) verlangt von der «11-Gruppe» Details zum Offshore-Geschäft inklusive Namen von Mitarbeitern und Dritten.

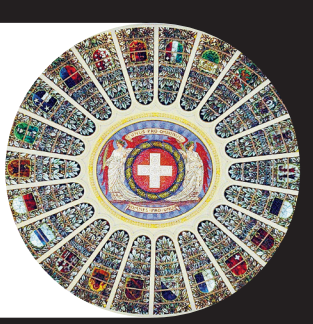
JANUAR 2012

Drei Banker von Wegelin werden angeklagt, eine Anklage der Bank Wegelin steht bevor. Wegelin verkauft ihr Nicht-US-Geschäft an die Raiffeisen. Das US-Geschäft verbleibt bei Wegelin.

Die Schweiz lenkt auf allen Ebenen ein

16. MÄRZ 2012

Die Schweizer Bundesversammlung stimmt der Neuinterpretation zum bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (seit 1996) zu. In Amtshilfeanfragen sind nun auch Gruppenanfragen zugelassen.



4. APRIL 2012

Der Bundesrat bewilligt den betroffenen Banken die Herausgabe von uncodierten Daten auch von Mitarbeitern und Dritten.

4. DEZEMBER 2012

Die USA und die Schweiz einigen sich auf den Fatca-Vertrag (2014 in Kraft).

20. DEZEMBER 2012

Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf erklärt, dass sich die Schweiz Diskussionen zum automatischen Informationsaustausch stellen müsse.

JANUAR 2013

Die Bank Wegelin erklärt sich vor einem US-Gericht schuldig, Amerikanern bei der Steuerumgehung geholfen zu haben. Sie bezahlt eine Busse von 74 Mio. $.

21. MÄRZ 2013

Eintreffen des präziser formulierten Amtshilfegesuchs der USA per Gruppenanfrage an die Credit Suisse (zum zweiten Mal nach UBS-Fall).

APRIL 2013

Ein Mitarbeiter der Bank Frey und ein Anwalt der Kanzlei Niederer Kraft & Frey werden von einem US-Staatsanwalt angeklagt.

24. MAI 2013

Der Staatssekretär und Verhandlungsführer für die Schweiz in Steuersachen, Michael Ambühl, gibt seinen Rücktritt bekannt.

28. MAI 2013

Die USA reichen weitere Amtshilfegesuche per Gruppenanfrage ein, betroffen sind Julius Bär und Wegelin.

29. MAI 2013

Eveline Widmer Schlumpf präsentiert den «US-Deal».

19. JUNI 2013

Das Parlament sagt Nein zum «US-Deal». Das Warten auf einen «Plan B» hat begonnen.

BILDER KEYSTONE, EPA, BLOOMBERG, PD